

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. November 1925 bei Reg. postalischer Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat November 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., die 80 mm breite Zeile 150 Pfg., auswärts 200 Pfg. Überlangzeilen 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorzusahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 33/42.
Druck u. Verlag von Neusch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beizuliefernder Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

PETZOLD & AULHORN A.G.
Pea
SCHOKOLADEN-PRALINEN
SIND BELIEBT UND BEGEHRT

Transportable Herde
in Schmiedeeisen und Guß - Bevorzugte Fabrikate
Preiswerte und praktische Siedelungsherde
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Krisenmache der Linken im Reiche.

Die bevorstehenden Verhandlungen des Rumpfkabinetts mit den Regierungsparteien. Protest des Schahs von Persien. — Der Inhalt des Handelsvertrags mit Italien. — Die Kölner Frage als Stimmungsmache für Locarno.

Tendenziöser Vorstoß gegen Dr. Luder.

Drachmeldung aus der Berliner Schriftleitung. Berlin, 2. Nov. Das Reichskabinett wird sich morgen zu einer Beratung über die innerpolitische Lage versammeln, die wahrscheinlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen wird. An der Beratung nehmen die Führer der Parteien, die heute noch hinter dem Kabinett stehen, teil, also Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums. Im Anschluß an die Informationen, die Außenminister Dr. Stresemann Vertretern der Presse gegeben hat und die, obwohl sie vertraulich waren, in Leipziger Zeitungen veröffentlicht worden sind, sind in Berliner politischen Kreisen Gerüchte verbreitet, wonach der Reichskanzler die Absicht haben soll, morgen zu demissionieren, und daß Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten stattfinden sollen.

Diese Gerüchte werden absichtlich von demokratischen und sozialdemokratischen Kreise verbreitet, weil einige links-abgeordnete die Hoffnung haben, das Kabinett Luder kürzen zu können, ehe eine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Verträge von Locarno getroffen werden kann. Gegenüber diesen Gerüchten kann festgehalten werden:

Der Außenminister hat in Dresden von der Möglichkeit einer Regierungsumbildung nur unter dem Gesichtspunkt gesprochen, daß das Kabinett sich nach Durchführung der deutschen Forderungen für das Rheinland zur Annahme entschließen sollte, und daß dann eine Neubildung der Regierung im Reichstag ohne Neuwahlen möglich wäre.

Dabei war vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie ohne Neuwahlen die Verträge von Locarno annehmen werde, was sie bisher abgelehnt hat. Zur Bildung der großen Koalition haben sich Vertreter der Deutschen Volkspartei bis jetzt noch gar nicht geäußert. Auch die Zentrumsfraktion des Reichstags, die erst am Mittwoch zur Beratung zusammentritt, hat noch keine Stellung genommen.

Der Reichskanzler hat bisher stets die Ansicht vertreten, daß innerpolitische Fragen erst nach Abschluß der Verhandlungen über die Rückwirkungen erörtert werden sollen. Der Reichskanzler wird an diesem Grundsatze auch in der morgigen Beratung festhalten. Man nimmt daher in der Umgestaltung der Regierung und bei allen Parteiführern, die morgen an der Beratung des Rumpfkabinetts teilnehmen, an, daß

ein Aufstand der innerpolitischen Debatte bis etwa zum 20. November beschlossen werden wird.

Das Kabinett wird dann prüfen, ob das Maß der von Frankreich angebotenen Rückwirkungen ausreicht. Erst wenn das Kabinett dann zu einem Beschluß für die Annahme der Verträge kommen sollte, müssen die notwendigen innerpolitischen Ermächtigungen eintreten.

An der morgigen Besprechung werden teilnehmen vom Zentrum die Abg. Fehrenbach, Marx und Stöckerwald, die Deutsche Volkspartei wird durch die Abg. Dr. Scholz, Dr. Curtius und Dr. Kempfer vertreten sein, die Bayerische Volkspartei voraussichtlich durch die Abg. Lecht und Graf Verheffenfeld.

Wie hierzu weiter berichtet wird, sind die Demokraten schon bereit, einen Teil des Erbes der Deutsch-nationalen anzutreten. Wie es heißt, werden sie für das Reichsministerium des Innern ihren Führer Koch und für das Reichswirtschaftsministerium den Abg. Dietrich präsentieren.

Wie die T. N. an ausländischer Stelle erfährt, ist von der im Laufe des morgigen Tages stattfindenden Zusammenkunft

der Parteiführer mit dem Reichskanzler eine Klärung zu erwarten.

Berlin, 3. Nov. Zu der Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ vom 2. November 1925 über Einarbeiten aus einer Sitzung des Reichskabinetts wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß die Neuherausgabe des Reichsministeriums des Innern nach Zusammenhang und Inhalt unrichtig wiedergegeben ist. Selbstverständlich müßte es abgelehnt werden, nähere Mitteilungen über Sitzungen des Reichskabinetts zu machen.

Stresemann in Königsberg.

Königsberg, 1. Pr., 2. Nov. Bei dem Bankett, das aus Anlaß des hiesigen Jubiläums der „Königsberger Allg. Ztg.“ stattfand, hielt Außenminister Dr. Stresemann eine Rede in der er kurz auf die außenpolitische Lage zu sprechen kam. Er betonte hierbei, daß die Regierung von seiner Partei verlangt hätte, ihr Wort abzugeben, ehe die Auswirkungen der Verhandlungen von Locarno sich übersehen ließen. Locarno wäre der Anfang einer Entwicklung, die Deutschland wieder als gleichberechtigten Faktor in die Weltgeschichte einführt, so wie Deutschland in Locarno als gleichberechtigter Verhandlungspartner mitgewirkt habe. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute abend nach Berlin zurückgekehrt. (W. T. B.)

Die Regierung nicht für einen Locarno-Bolschewismus.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 2. Nov. Die Richtlinien für Locarno können, wie in Regierungskreisen versichert wird, aus außenpolitischen Gründen zurzeit noch nicht veröffentlicht werden, schon mit Rücksicht auf die noch ausstehenden Rückwirkungen. In Bezug auf die letzteren muß man einige Bedenken haben, da die Ausführung der erforderlichen Maßnahmen eine Zeit erfordert. Gegenüber der Annahme, daß uns die Divergenz eine einseitige Bindung, wird darauf verwiesen, daß diese Verträge den Gegnern nicht freie Hand geben, sondern daß ihre Ausführung unter der Aufsicht des Völkerbundes erfolgt. Die Ostschlechtsverträge sind übrigens identisch mit denen, die wir mit der Schweiz und mit Finnland abgeschlossen haben. Der Annahme, daß es sich bei dem Vorschlag, die Locarnofrage einem Volksentscheid anzuvertrauen, um einen Versuch handelt, die Regierung zu unterwerfen, um einen Verzicht auf die Locarnofrage zu erzwingen, wird in Regierungskreisen entschieden entgegnet. Ein solcher Vorschlag ist bisher innerhalb der Regierung nicht erwogen worden.

Geringer Wert des Paktes ohne Billigung der Rechten.

Englische Stimmen. London, 2. November. Die englische Vertreterschaft über die Locarno-Krise in Deutschland zeigt augenfällige Symptome der Wanklung. So berichtet die „Times“, die Opposition der Deutsch-nationalen beruhe auf ehelicher Ueberzeugung. Die Aussichten für die Unterzeichnung des Paktes werden infolgedessen pessimistisch bezeichnet. Obwohl die „Times“ wie auch andere Blätter keinen Zweifel darüber, daß ein Pakt ohne Zustimmung der Rechten um den größten Teil seines Wertes gebracht wäre. Reichspräsident Hindenburg wird in der „Daily News“ wegen seiner Haltung während der Vorkrise sehr gelobt. Das Blatt meint, es habe zwar die Präzedenzfälle Hindenburg ursprünglich bekämpft, müsse aber heute zugeben, daß Hindenburgs Haltung während der jüngsten Krise über alles Lob erhaben sei.

Das beruhigte Bayern.

Interessante Entwicklungen in der Bayerischen Volkspartei. Bayern, das früher stets in aller Munde war und die Tagespresse wegen seiner ewigen Konflikte mit dem Reiche raktlos in Atem hielt, ist seit der Uebernahme der Regierungsgewalt durch den jetzigen Ministerpräsidenten Held so sehr beruhigt, daß man es mit den Frauen vergleichen kann, von denen es heißt, diejenigen seien die besten, von denen man am wenigsten spricht. Die entschiedene Besserung im Verhältnis des wegen seiner völligen Eigenart nicht ganz leicht zu verstehenden und zu behandelnden Bajuwarenlandes zum Reiche ist einer der wesentlichsten Aktiosten auf dem Konto des Ministeriums Held, das eine geräuschlose, unauffällige, stetige Politik treibt. Dieser Erfolg, der ebenso sehr im eigenen bayerischen, wie im Reichsinteresse liegt, ist ohne Frage ein persönliches Verdienst des Regierungschefs, aber doch nicht allein. Es konnte nur dadurch in solchem Umfang erzielt werden, daß auch die Bayerische Volkspartei, die noch heute in der bayerischen Politik ausschlaggebend ist, sich mit dem vom Reiche beizutragenden Entgegenkommen begnügte und darauf verzichtete, jede auftauchende Meinungsverschiedenheit, wie es früher üblich war, mit großem Getöse zu befeuern und immer gleich mit Reichsverdrobenheit und Erschütterung der Reichsgrundlagen zu drohen. So konnte denn diesmal auch der Gegenstoß, der sich beim Finanzausgleich ergab, keine ernsthafte Störung verursachen; man begnügte sich bayerischerseits mit einer grundsätzlichen Verwahrung und stimmte schließlich doch zu, in der Erwartung, daß die Reichsregierung beim endgültigen Ausgleich die bayerischen Bedenken berücksichtigen werde. Ein solcher Vertrauenswechsel auf die Zukunft wäre vor Held unmöglich gewesen. In den innerbayerischen Verhältnissen zeigt das Ministerium Held ebenfalls eine unverkennbare Zurückhaltung, die auf mögliche Beschwichtigung der parteipolitischen Gegensätze und Verminderung der schroffen Reibungsursachen gerichtet ist. Die Fäden werden der Linken gegenüber etwas weniger stark angezogen, und auch mit Bezug auf das Reichsbanner ist man etwas weitherziger geworden, um das lärmenden Beschwerden über ungleichmäßige Behandlung der Staatsgewalt gegenüber den verschiedenen Parteien den Boden zu entziehen. So ist es in der innerbayerischen Politik im ganzen erheblich ruhiger geworden, und die forcierte Kampfbahnstimmung, die sonst das öffentliche Leben in Bayern kennzeichnete, tritt nicht mehr so groß in Erscheinung. Held vermeidet auch die Aufwerfung von Fragen, die allzusehr die Gegensätze wieder aufwärmen würden. Deshalb hat er von der Weiterverfolgung des Planes, Bayern auf dem Wege der Verfassungsänderung einen Staatspräsidenten und eine Erbe-Kammer zu geben, vorläufig Abstand genommen.

In der augenblicklichen Politik der Bayerischen Volkspartei spiegelt sich der Einfluß wider, den der Ministerpräsident auf Grund seines hohen persönlichen Ansehens in ihr ausübt. Wie sehr dort der Wind vor allem auch im Verhältnis zum Reiche umgeschlagen ist, geht drastisch aus der Haltung hervor, welche die Partei gegenüber dem jüngsten Erlaß des Reichswehrministers eingenommen hat, kraft dessen ein Vorbeimarsch von Reichswehrruppenstellen nur vor Kommandeuren der Reichswehr selbst, nicht auch vor dem Kronprinzen Rupprecht, stattfinden darf. Die bayerische Presse nahm diesen Erlaß stillschweigend hin, nur ein Blatt wurde gegen den Reichswehrminister stark ansässig. Dafür sah es sich von selten des offiziellen Organs der Bayerischen Volkspartei, des „Bayerischen Kurier“, eine scharfe Korrektur zu, die in der Feststellung gipfelte, daß das bayerische Volk in dem Träger des dynastischen Prinzips nicht in erster Linie den militärischen Führer sehe, sondern den Anwärter auf ein wirkliches, den Forderungen der neuen Zeit angepaßtes Volkstönigtum. Dann ließ es weiter: In seiner Eigenschaft als militärischer Würdenträger ist der bayerische Kronprinz nicht der Vertreter des dynastischen Prinzips, sondern nur Teilhaber eines militärischen Ganzen, das einer eigenen Gesetzlichkeit untersteht. Trifft dies aber zu, so muß es doch als sehr fraglich erscheinen, ob eine rein militärische Verfügung, die von den ordnungs- und verfassungsmäßig bestellten militärischen Vorgesetzten erlassen worden ist, den angemessenen Ausgangspunkt für eine monarchistische Präsektion abgeben kann. Wenn das früher geschehen wäre, hätte es sicher einen scharfen Krach gegeben. Heute dagegen wird die ganz vereinzelte Aufsehnung, die sich gegen die Verfügung des Reichswehrministers geltend macht, von der Bayerischen Volkspartei selbst im Reime erstickt. Eine solche lokale Stellungnahme zugunsten der „ordnungs- und verfassungsmäßig bestellten militärischen Reichsvorgesetzten“ ist zweifellos ein sehr bemerkenswertes Eintreten für die Reichsinteressen, das

Französische Bessermwirtschaft an der Saar.

Paris, 2. November. Der sozialistische Abgeordnete Uhr, der als Mitglied einer parlamentarischen Enquetekommission den Betrieb der Saargruben studiert hat, berichtet heute dem Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ folgendes Beispiel der herrschenden Gönnerwirtschaft: Der ehemalige Major Sallard, der seine Demission gegeben hat, weil er unter dem Regime der Trennung von Kirche und Staat nicht hat dienen wollen und alsdann Kohlenhändler in Besancon geworden ist, leitet die Handelsabteilung der Saargruben. Er hat seinen Sohn zum Direktor der Agentur in Basel, seinen Schwager zum Direktor der Agentur in Nancy und seinen Schwager zum Direktor der Agentur in Reims gemacht. Dazu kommen in untergeordneten Stellen Reffen, Vettern und entferntere Verwandte. Auch seine Freunde hat er untergebracht, u. a. die Majore A. D. Brenouze, Veilhet und Poillen. Sallard verdient rund 135 000 Franken, seine Günstlinge erhalten bis zu 50 000 Franken.

Foch und die Entwaffnungsfrage.

Paris, 2. Nov. Die abbreisende Meldung des „Echo de Paris“, wonach die Vorkonferenz auf die Ab-

stufungsfrage Deutschlands die Antwort erteilt habe, daß nach den Berichten des Militärkomitees die Entwaffnungsbedingungen von dem deutschen Reichswehrministerium bisher nicht erfüllt worden seien, wird hier von keiner Seite bestritten. Eine genaue Auskunft ist weder am Quai d'Orsay noch im Sekretariat der Vorkonferenz zu erhalten.

Benesch kommt nach Berlin.

Wien, 2. Nov. Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ verläuft in diplomatischen Kreisen, daß der tschecho-slowakische Minister des Auswärtigen, Dr. Benesch, in nächster Zeit dem Minister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, einen offiziellen Besuch abstatten wird. (T. N.)

Dr. Benesch von der Leitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zurückgetreten.

Berlin, 2. Nov. Der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Professor Dr. Paul Benesch, ist aus Gesundheitsrücksichten von der Leitung des Blattes zurückgetreten, bleibt aber in der Eigenschaft eines hiesigen politischen Mitarbeiters in engeren Beziehungen zur Zeitung. Die Leitung des Blattes übernimmt Dr. Fritz Reitz.